Institut für Schweizer Wirtschaftspolitik (IWP) medienpartner persönlich 01/02 Januar/Februar 2024

Institut für Schweizer Wirtschaftspolitik (IWP)

Wie sind die Geschlechter im Parlament vertreten?

Liesse sich eine bessere politische Vertretung erreichen, wenn der Frauenanteil im Parlament höher wäre? Mit dieser Frage haben sich Yves Kläv und Marco Portmann vom Institut für Schweizer Wirtschaftspolitik (IWP) auseinandergesetzt und kamen dabei zu überraschenden Schlüssen.

Text: Yves Kläy, Dr. Marco Portmann* Bild und Grafik: IWP

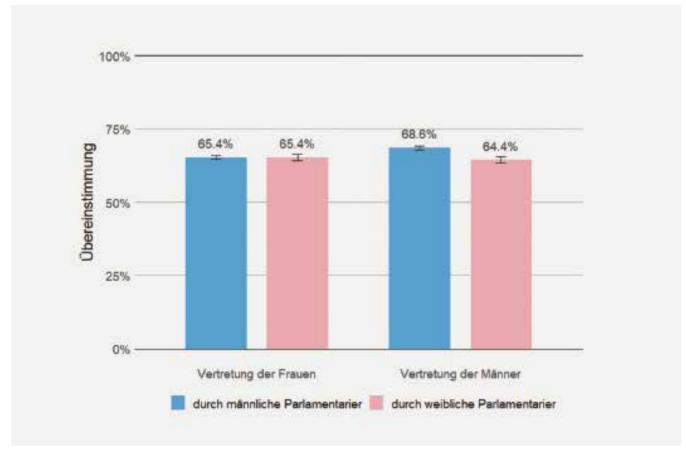


Abbildung 1: Übereinstimmung von weiblichen und männlichen Parlamentariern mit den Präferenzen von Frauen und Männern in der Wählerschaft.

Die Schweizer Wählerinnen sind in der Politik untervertreten – zumindest mit Bezug auf ihren Anteil im Parlament. In der jüngsten nationalen Parlamentswahl betrug der Frauenanteil knapp 38 Prozent. Gegenüber der «grossen Frauenwahl» von 2019 ist der Anteil geschrumpft. Doch was bedeutet die numerische Untervertretung der Frauen für die Vertretung ihrer Präferenzen? Darüber lässt sich faktengestützt mehr sagen.

Der Frage, wie Frauen und Männer im Parlament die Interessen der Wähler ihres Geschlechts vertreten, gehen wir gemeinsam mit Reiner Eichenberger (Universität Freiburg) und David Stadelmann (Universität Bayreuth) in zwei aktuellen Arbeitspapieren nach (Eichenberger et al. 2023, 2024). Die Frage ist relevant. Denn aus der bisherigen Forschungsliteratur ist bekannt, dass Frauen als Politikerinnen und als Wählerinnen hin und wieder andere Präferenzen äussern und

andere Schwerpunkte setzen als Männer. So sind Frauen tendenziell sozialer eingestellt und eher auf der linken Seite des politischen Spektrums zu finden (Stadelmann et al. 2014). Ob damit Wählerinnen vor allem von Politikerinnen gut vertreten werden, während männliche Politiker sie eher schlecht vertreten, wurde bisher aber kaum untersucht.

Messung der politischen Vertretung

Das Forschungsteam stützt sich dabei auf Daten von Parlaments- und Volksabstimmungen, die mittlerweile im «Parlameter»

des IWP eingespielt sind. Dabei handelt es sich um eine Online-Datenbank, mit der sich die unterschiedlichsten Aspekte der Vertretung der Bürger durchs Parlament erkunden lassen. Doch wie lässt sich die politische Vertretung der Bürger überhaupt messen?

Das politische Handeln der National- und Ständeräte lässt sich anhand ihres parlamentarischen Abstimmungsverhaltens verorten. Gleichzeitig bekunden die Bürger in der Schweiz dank der direkten Demokratie ihre Präferenzen zu vielen politischen Fragen an der Urne. Der Wortlaut der Volksabstimmungen ist der gleiche wie jener der Schlussabstimmungen im Parlament. Die VOX-Nachabstimmungsbefragungen geben zudem Auskunft über das Abstimmungsverhalten nach Geschlechtern. So lässt sich die Übereinstimmung des Abstimmungsverhaltens der Männer und Frauen im Parlament mit dem Abstimmungsverhalten der Wähler und Wählerinnen als Mass der politischen Vertretung berechnen.

Politische Übereinstimmung nach Geschlechtern

Wie steht es nun um die Vertretung der Wählermehrheit des eigenen beziehungsweise des anderen Geschlechts? Dies geht aus Abbildung 1 hervor. Die Vertretung der Frauen hängt nicht vom Geschlecht der Parlamentarier ab; weibliche und männliche Parlamentarier stimmen zu 65,4 Prozent mit den Präferenzen der Frauen überein. Das entspricht mentarierinnen mit den Präferenzen der Männer (64,4 Prozent). Unterschiede gibt es allerdings bei der Vertretung von Männern durch Männer. Hier liegt die Übereinstimmung bei 68,6 Prozent. Daraus resultiert, dass die Parlamentarier insgesamt die männliche Wählerschaft leicht besser vertreten als die weibliche Wählerschaft.

Bemerkungen: Abgebildet ist die Übereinstimmung der Entscheide von weiblichen und männlichen Parlamentariern mit den Präferenzen von Frauen und Männern in der Wählerschaft. Diese ergeben sich aus dem Vergleich der parlamentarischen Schlussabstimmungen mit den VOX-Nachabstimmungsbefragungen.

Die Abbildung basiert auf 47 527 Entscheidungen, die von 776 Parlamentariern zu 234 Vorlagen zwischen 1996 und 2023 getroffen wurden.

Berücksichtigung von Parteizugehörig-

Sind männliche Parlamentarier also Männerversteher und Parlamentarierinnen die ausgewogenen Vertreterinnen beider schlechter? Nicht unbedingt. Die bisher gezeigten Ergebnisse vernachlässigen einen Faktor mit erheblichem Einfluss auf das Stimmverhalten: die Parteien (siehe Stadelmann et al. 2019). Es gibt bekanntermassen erhebliche geschlechtsspezifische Unterschiede in der Parteizugehörigkeit. Wir untersuchen daher mit modernen statistischen Methoden nicht nur den Zusammenhang zwischen der politischen Vertretung von Wählerinnen und Wählern und dem Geschlecht der Parlamentarier, sondern wir tragen auch der Parteizugehörigkeit Rechnung.

sen zeigen ein recht klares Muster. Es gibt keine relevanten geschlechterspezifischen Unterschiede in der Vertretung, wenn die Parteizugehörigkeit berücksichtigt wird. Bei der geringfügig besseren Vertretung der männlichen Wählerschaft handelt es sich um parteispezifische Effekte, die von den Mitteund rechten Parteien ausgehen. Anders gesagt: Politiker und Politikerinnen einer Partei vertreten die Wähler und Wählerinnen jeweils gleich gut.

Die politischen Interessen und Präferenzen von Frauen dürften im Vergleich zu jenen der etwa auch der Übereinstimmung der Parla- Männer von der Gesamtheit der Parlamentarier etwas schlechter vertreten werden. Das Ausmass der Untervertretung der Präferenzen der Frauen ist allerdings keinesfalls gleichzusetzen mit dem Frauenanteil im Parlament. Liesse sich eine bessere politische Vertretung erreichen, wenn der Frauenanteil im Parlament höher wäre? Unsere Analyse spricht gegen diese Schlussfolgerung. Zwischen Parlamentariern beider Geschlechter einer Partei zeigen unsere Auswertungen kaum Unterschiede im Umfang, in dem sie die Anliegen von Wählerinnen vertreten. Die Erhöhung des Frauenanteils erhöht deshalb nicht automatisch die substanzielle inhaltliche Vertretung der Frauen.

> Damit ist nicht ausgeschlossen, dass es Geschlechterdifferenzen zwischen den Parlamentariern gibt. Diese könnten subtiler und differenzierter ausfallen, als sie sich mit unserem Ansatz messen lassen. Ausserdem ver- of Political Science 49 (1): 181-204

steht es sich von selbst, dass die hier vorgenommene Untersuchung von Durchschnittswählerinnen und -wählern vielen Personen nicht gerecht wird. Wie beispielsweise junge, alte, verheiratete und unverheiratete Wähler beider Geschlechter vertreten werden, gilt es zukünftig genauer zu untersuchen.

Unsere Analyse streicht auch die Wichtigkeit der Parteien hervor. Sie haben einen bedeutenden Einfluss auf die Vertretung der Wählerpräferenzen. Unser vorläufiges Fazit und unsere weitere Arbeitshypothese, die wir in unserer Forschungswerkstatt untersuchen, lauten daher: Der Vertretung von Frauenpräferenzen in der Politik dürfte die Stärkung des Parteienwettbewerbs zuträglicher sein als eine Verhaftung auf den Frauenanteil bis hin zu Quotendebatten. Wenn Parteien im Die Ergebnisse dieser erweiterten Analy- Wettbewerb Frauen als potenzielle Wählerinnen noch ernster nehmen als heute, dürften sie auch für Frauen attraktiver werden, die selbst politisch aktiv werden möchten.

Eichenberger, Reiner, Kläy, Yves, Portmann, Marco, und Stadelmann David, 2023, «Substantive Representation of Women», Mimeo, Univers

Eichenberger, Reiner, Kläv, Yves, Portmann, Marco, und Stadelmann David. 2024. «Congruence Levels of Female and Male Legislators witl the Preferences of Women and Men in the Electorate are Statistically Identical». Mimeo, Universität Freiburg.

Stadelmann, David, Portmann, Marco, und Eichenberger, Reiner, 2014. «Politicians and Preferences of the Voter Majority: Does Gender Matter?» Economics & Politics 26 (3): 355-379

Stadelmann, David, Portmann, Marco, und Eichenberger, Reiner. 2019 «Preference Representation and the Influence of Political Parties in Maioritarian vs. Proportional Systems: An Empirical Test». British Journa

51

^{*} Yves Kläy, Doktorand im Bereich Institutionen am IWP und an der Universität Freiburg, und Dr. Marco Portmann, Bereichsleiter Insti tutionen am Institut für Schweizer Wirtschaftspolitik (IWP